

Ergebnisprotokoll

4. Sitzung des IT-Planungsrats		
<u>Datum:</u> 3. März 2011	<u>Ort:</u> Hannover	<u>Uhrzeit:</u> 10:00 Uhr bis 13:00 Uhr
<u>Leitung:</u> [REDACTED] [REDACTED]	<u>Teilnehmer und Tagesordnung:</u> Anwesenheitsliste (<u>Anlage 1</u>) Tagesordnung (<u>Anlage 2</u>)	

Kategorie A:	Einführung
---------------------	-------------------

TOP 1	Begrüßung und Tagesordnung
--------------	-----------------------------------

Der Vorsitzende des IT-Planungsrats, [REDACTED] begrüßte alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur 4. Sitzung. Verbunden mit einem Dank an die Vorsitzende im Konstituierungsjahr, [REDACTED] knüpfte der Vorsitzende an wichtige Beschlüsse des letzten Jahres an.

Er verwies insbesondere auf die Beschlussfassung zur Nationalen E-Government Strategie vom 24. September 2010; auf diesem Fundament müsse aufgesetzt werden. In der 5. und 6. Sitzung werde die Umsetzung der Nationalen E-Government Strategie einen Schwerpunkt bilden. Es käme nicht darauf an, eine Vielfalt von Themen zu behandeln. Es sei erforderlich, sich zunehmend auf eine Schwerpunktsetzung zu verständigen. Er betonte, dass er das Thema IT-Sicherheit auch im Jahr 2011 als Schwerpunktthema ansehe. Er betonte zudem, dass sich der IT-Planungsrat verstärkt mit den föderalen Rahmenbedingungen für IT und E-Government bezogen auf die Infrastruktur, den Einsatz von Basiskomponenten, wie beispielsweise dem neuen Personalausweis, der heute thematisiert würde, sowie die Applikationsebene beschäftigen müsse. Es gehe darum, die föderale E-Government-Architektur gemeinsam auszugestalten und die strategisch politischen Akzente zu setzen. Dafür sei ein gemeinsames Verständnis und Wissen notwendig. Konkret

Az.: IT1-190 001-9/0#28

Stand: 30. Juni 2011

könne beispielsweise das Thema Föderatives Informationsmanagement einen Ausgangspunkt bilden. Insgesamt sehe er die Notwendigkeit zur Einbringung konkreter Themen und appellierte diesbezüglich an alle Mitglieder.

Zur Sicherstellung einer Konzentration auf eine politische Befassung zu relevanten strategischen Themen sowie zur Entlastung von punktueller Befassung nahm der Vorsitzende Bezug auf die in seinem Auftrag von der Geschäftsstelle erstmals für die Tagesordnung vorgeschlagene „grünen Liste“. Diese fand die Zustimmung aller Mitglieder und sollte künftig noch verstärkt genutzt werden.

Zur Tagesordnung wurden folgende Änderungen vorgeschlagen:

- Mit Blick auf Anschlusstermine sollte der TOP 19 Demografischer Wandel - Konzept Bürgerterminal vorgezogen werden (SN).
- HB bat, mittels vorgelegter Tischvorlage zum Grünbuch über die Modernisierung der europäischen Politik im Bereich des öffentlichen Auftragswesens (Grünbuch Vergaberecht) zu berichten.

Beschluss:	2011/01
1. Der IT-Planungsrat beschließt das Protokoll der 3. Sitzung am 24. September 2010 in der vorgelegten Fassung.	
2. Der IT-Planungsrat stellt die Tagesordnung mit einer Ergänzung zum EU-Grünbuch Vergaberecht (HB) und dem Vorziehen von Top 19 (SN) und seine Beschlussfähigkeit fest.	

Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Entscheidungsvorschlag in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja	X ¹	Nein	X ²

Sitzungsunterlagen:
Ergebnisprotokoll der 3. Sitzung des IT-Planungsrats am 24. September 2010 (X ²)
Tagesordnung zur 4. Sitzung des IT-Planungsrats am 3. März 2011 (X ¹)

X¹ Veröffentlichung der Tagesordnung zur 4. Sitzung des IT-Planungsrats.

Az.: IT1-190 001-9/0#28

Stand: 30. Juni 2011

 X² Keine Veröffentlichung des Protokolls zur 3. Sitzung des IT-Planungsrats.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

Kategorie B:	Grüne Liste (Ohne Aussprache)
---------------------	--------------------------------------

 Zu den **TOP 2, TOP 3.1, TOP 3.2, TOP 5, TOP 6.1** und **TOP 8** erfolgte die Beschlussfassung im Block:

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 2	Personenstandswesen
--------------	----------------------------

Beschluss:	2011/02
-------------------	----------------

1. Der IT-Planungsrat empfiehlt, eine Spezifikation für eine XÖV-konforme standardisierte Schnittstelle zwischen Fach- und Registerverfahren durch den Federführer des Steuerungsprojektes Personenstandswesen (Bayern) zu erarbeiten, die durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) gewartet und gepflegt werden soll.
2. Hinsichtlich der weiteren Vorgehensweise in der Projektarbeit nimmt der IT-Planungsrat das in der Sitzung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Evaluierung des Personenstandsrechts“ am 15. September 2010 erzielte Besprechungsergebnis zustimmend zur Kenntnis.
3. Der IT-Planungsrat empfiehlt, im Rahmen der Evaluierung des Personenstandsrechts die Vorgabe einer Spezifikation XPersonenstandsregister als Stand der Technik für den Einsatz von Registerschnittstellen bei der elektronischen Führung der Personenstandsregister zu prüfen.

Az.: IT1-190 001-9/0#28

Stand: 30. Juni 2011

Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Entscheidungsvorschlag in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja	X	Nein	

Sitzungsunterlagen:
Sachstandsbericht „Standardisierung der Registerschnittstelle im elektronischen Personenstandswesen“

TOP 3.1	Auflösung des DOI-Netz e.V.
----------------	------------------------------------

Beschluss: 2011/03
<ol style="list-style-type: none"> 1. Der IT-Planungsrat begrüßt die Überführung der Aufgaben des DOI-Netz e.V. auf den Bund. Er beauftragt das Arbeitsgremium nach § 6 IT-NetzG und den Bund, einen Sachstandsbericht zum Stand 1. Juni 2011 zu erstellen. 2. Der IT-Planungsrat übernimmt die für das Verbindungsnetz relevanten Beschlüsse des DOI-Netz e.V. laut Vorlage „Auszug aus den Beschlüssen der Mitgliederversammlung und des Vorstands“.

Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Entscheidungsvorschlag in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja		Nein	X

Sitzungsunterlagen:
Auszug aus den Beschlüssen der Mitgliederversammlung und des Vorstands nebst Anlagen

Die Unterlagen enthalten Beschlüsse des Vorstands und der Mitgliederversammlung des DOI-Netz e.V. Beide haben ihre Beschlüsse nicht zur Veröffentlichung freigegeben.

TOP 3.2	IPv6 für die öffentliche Verwaltung Deutschlands - Adressrahmenkonzept und Eckpunkte der Organisation
----------------	--

Beschluss: 2011/04
Der IT-Planungsrat nimmt den Bericht „IPv6 für die öffentliche Verwaltung Deutschlands - Adresskonzept und Eckpunkte der Organisation“ zur Kenntnis und stimmt dem dort beschriebenen IPv6 Adressrahmenkonzept und den Eckpunkten der organisatorischen Umsetzung zu.

Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Entscheidungsvorschlag in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja	X	Nein	

Sitzungsunterlagen:
Bericht „IPv6 für die öffentliche Verwaltung Deutschlands - Adresskonzept und Eckpunkte der Organisation“

Protokollnotiz der Länder Berlin, Rheinland-Pfalz, Sachsen und des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit:

[REDACTED] Bei der Einführung von IPv6 müsse auf datenschutzfreundliche Technologien geachtet werden. Auch [REDACTED] vertrat die Ansicht, dass die Aussagen zum Datenschutz nicht ausreichend seien. [REDACTED] [REDACTED] und [REDACTED] hingegen hielten die Hinweise im Bericht für ausreichend und wiesen darauf hin, dass der IT-Planungsrat, auch durch die Anwesenheit des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit sowie die regelmäßige Teilnahme eines Vertreters des Landesdatenschutzes, selbstverständlich den Datenschutz beachten werde. Daher müsse nicht in jedem Tagesordnungspunkt gesondert darauf hingewiesen werden.

TOP 4	Geodateninfrastruktur Deutschland (GDI-DE)
--------------	---

Protokollnotiz Hessen:

[REDACTED] wies darauf hin, dass der Breitbandausbau nicht erst 2014 begonnen werde, sondern bereits in vollem Gange sei.

TOP 5	Veröffentlichungen des IT-Planungsrats
--------------	---

Beschluss: 2011/05

Der IT-Planungsrat stimmt der in der beigefügten Übersicht vorgeschlagenen Veröffentlichung seiner Entscheidungen zu und beauftragt die Geschäftsstelle, die Veröffentlichung der Entscheidungen im elektronischen Bundesanzeiger sowie auf der Website des IT-Planungsrats (www.it-planungsrat.de) vorzunehmen.

Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Entscheidungsvorschlag in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja	X	Nein	

Sitzungsunterlagen:

Zusammenfassung der bisherigen Entscheidungen (Beschlüsse und Empfehlungen) des IT-Planungsrats zur Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger

TOP 6.1	KoopA – Überführung Projektbüro
----------------	--

Beschluss: 2011/06

1. Der IT-Planungsrat beschließt die Regelung zum Betrieb und zur Weiterentwicklung der Anwendungen des IT-Planungsrats.
2. Durch die Regelung werden folgende Projektvereinbarungen ersetzt:
 - a) Projektvereinbarung „LeiKa-plus“ vom 06.10.2009
 - b) Projektvereinbarung „Behördenfinder Deutschland“ Version 2.0 vom 08.10.2010
 - c) Projektvereinbarung „Pflege DVDV 2009/2010“ vom 17. Februar 2009

d) „Vereinbarung Pflege Governikus“ gemäß KoopA ADV Beschluss Nr. 4.1 – 12/2003

3. Die damaligen Vereinbarungspartner der Verwaltungsvereinbarung „Projektbüro“ aus dem Jahre 2003 werden gebeten, diese bis zum 30. Juni 2011 durch entsprechende Willenserklärungen aufzulösen.

Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Entscheidungsvorschlag in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja	X	Nein	

Sitzungsunterlagen:

Regelung des IT-Planungsrats zum Betrieb und zur Weiterentwicklung der Anwendungen des IT-Planungsrats

TOP 6.2 KoopA - Umgang mit den Arbeitsgruppen und Projekten

Protokollnotiz der Länder Bremen und Hessen:

█ wies darauf hin, dass er XDomea als Aufgabe der KoSIT ansehe. █ verwies auf das Konzept zur Errichtung der KoSIT und die dort vom Expertenkreis niedergelegten Aufgaben, die die Aufgabe XDomea nicht umfassen.

TOP 7 Kooperationsgruppe EU

Protokollnotiz Sachsen:

█ wies mit Blick auf die Einschätzung im Steckbrief darauf hin, dass eine fachliche Betroffenheit der Fachministerkonferenzen, insbesondere der Europaministerkonferenz, durchaus gegeben sei. Jedenfalls sollten thematisch ähnlich ausgerichtete Aktivitäten der Fachministerkonferenzen zukünftig Berücksichtigung finden.

TOP 8	Einsatz von Videokonferenzsystemen
--------------	---

Beschluss: 2011/07
<ol style="list-style-type: none"> 1. Der IT-Planungsrat nimmt die Machbarkeitsstudie - Konzept eines Videodienstes im DOI-Netz- zur Kenntnis. 2. Er bittet den Bund und das Arbeitsgremium gemäß § 6 (2) IT-NetzG, gemeinsam auf der Basis der vom DOI-Netz e.V. vorgelegten Machbarkeitsstudie, ein Konzept für den Einsatz moderner Videokonferenzsysteme zur Verwaltungsebenen-übergreifenden Kommunikation zu erstellen und dem IT-Planungsrat in seiner 6. Sitzung zur weiteren Entscheidung vorzulegen.

Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Entscheidungsvorschlag in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja		Nein	X

Sitzungsunterlagen:
Machbarkeitsstudie – Konzept eines Videodienstes im DOI-Netz

Keine Veröffentlichung aufgrund des vorläufigen Charakters der im Entscheidungsvorschlag in Bezug genommenen Sitzungsunterlage.

Kategorie C:	Strategische und zentrale Themen
---------------------	---

TOP 9.1	Bericht des Bundes zur Cybersicherheit
----------------	---

[REDACTED] berichtete vor dem Hintergrund aktueller Bedrohungslagen über die Entscheidung des Bundeskabinetts, ein Nationales Cyber-Abwehrzentrum und einen Nationalen Cyber-Sicherheitsrat für Deutschland einzurichten. Ziel sei es, einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit des Cyber-Raums zu leisten. Wesentlicher Bestandteil hierbei sei der Schutz kritischer Infrastrukturen vor

Az.: IT1-190 001-9/0#28

Stand: 30. Juni 2011

IT-Angriffen. Zudem werde im internationalen Rahmen, etwa bei der G8, über einen Cyberkodex diskutiert.

Im Nationalen Cyber-Sicherheitsrat seien, unter der Verantwortung der Beauftragten der Bundesregierung für Informationstechnik, das Bundeskanzleramt, das Auswärtige Amt, das Bundesministerium des Innern, das Bundesministerium der Verteidigung, das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, das Bundesministerium der Justiz sowie das Bundesministerium für Bildung und Forschung als ständige Mitglieder vertreten.

Eine Vertretung der Länder sei erwünscht. Daher sollten aus dem Kreis der Mitglieder des IT-Planungsrats zwei Ländervertreter für den Cyber-Sicherheitsrat bestimmt werden. Auf Nachfrage wurde erläutert, dass der Nationale Cyber-Sicherheitsrat zum ersten Mal im Mai 2011 zusammenkommen solle. [REDACTED]

wies darauf hin, dass der Beschluss durch die Chefinnen und Chefs der Senats- und Staatskanzleien (CdS) erfolgen müsse. Vor diesem Hintergrund kam man überein, eine Empfehlung an die CdS zur Benennung zweier Vertreter, ggf. im Wege eines Umlaufverfahrens, durch den IT-Planungsrat bis etwa Mitte April auszusprechen.

TOP 9.2**Leitlinie für IT- und Datensicherheit**

[REDACTED] berichtete mit Verweis auf die 3. Sitzung der IT-Planungsrats zum Sachstand der Erarbeitung einer Leitlinie für IT- und Datensicherheit. BMI habe einen Diskussionsvorschlag erarbeitet, der bereits auf Arbeitsebene diskutiert wurde. Die Rückmeldungen signalisierten grundsätzliche Zustimmung zum Vorhaben.

[REDACTED] begrüßte ausdrücklich das Ziel, ein einheitliches, angemessenes Sicherheitsniveau Bund/Länder zu erreichen. Er wies aber darauf hin, dass die Vorfestlegung auf eine gemeinsame IT Sicherheitsleitlinie in der Systematik des BSI auch ein einheitliches Bund-Länder übergreifendes Informationssicherheitsmanagement (ISMS) nach sich zieht, was als nicht handhabbar angesehen werden muss.

Auch [REDACTED] wies darauf hin, dass eine Vereinheitlichung in Bund, Ländern und Gemeinden nicht möglich sei. Klar sei aber, dass es übergreifenden Rege-

Az.: IT1-190 001-9/0#28

Stand: 30. Juni 2011

lungsbedarf gebe. Bei übergreifenden Themen könne man schnell zusammenarbeiten, andere Bereiche müssten erst erörtert werden.

Daher kam man überein, den Begriff "Leitlinie" für diese Beschlussfassung nicht im engen Sinne der BSI Systematik sondern im landläufigen Sinne des Wortes zu verwenden.

Es wurde zudem darauf hingewiesen, dass Datenschutzaspekte beachtet werden müssten.

Protokollnotiz Bund und Sachsen-Anhalt:

Der Bund hält es angesichts der Cyber-Sicherheitslage für erforderlich, dass die Kooperationsgruppe zu gemeinsamen Festlegungen kommt. Dieser Protokollnotiz schloss sich Sachsen-Anhalt an.

Beschluss:	2011/08
1. Der IT-Planungsrat nimmt den Entwurf für die Eckpunkte einer Leitlinie für Informationssicherheit bei der Gestaltung von IT-Verfahren der öffentlichen Verwaltung zur Kenntnis.	
2. Der IT-Planungsrat richtet eine bis zum 13.10.2011 befristete Kooperationsgruppe ein.	
3. Die Kooperationsgruppe hat den Auftrag, das Ziel, den Geltungsbereich und die Inhalte der Leitlinie festzulegen. Das Ergebnis ist dem IT-Planungsrat zur 6. Sitzung vorzulegen.	

Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Entscheidungsvorschlag in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja		Nein	X

Sitzungsunterlagen:
„Eckpunkte zur Leitlinie für die Informationssicherheit in der öffentlichen Verwaltung (Entwurfassung)“

Keine Veröffentlichung aufgrund des vorläufigen Charakters der im Entscheidungs-

vorschlag in Bezug genommenen Sitzungsunterlage.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 9.3
Schadprogrammerkennungssoftware (SES) und Schadprogrammpräventionssystem (SPS) des IVBB

berichtete anhand einer Präsentation über das Schadprogrammerkennungssoftware (SES) und Schadprogrammpräventionssystem (SPS) des IVBB.

Der Vortrag gehe auf das Interesse einiger Länder an den Schutzmaßnahmen des Bundes in den Regierungsnetzen zurück. Für die Schutzmaßnahmen werde im Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik erheblicher technischer Aufwand betrieben. Zwar sei ein eigenständiger Betrieb in den Ländern sehr aufwändig, ein zentraler Betrieb sei aber auf der bestehenden Rechtsgrundlage und mit den im BSI vorhandenen Ressourcen nicht möglich. BSI könne jedoch die Länder gerne zu einem Workshop einladen.

unterstützte die Bedeutung des Themas und begrüßte die Durchführung eines Workshops mit dem BSI. sagt eine entsprechende Einladung des BSI zu.

TOP 19

(vorgezogen)

Demografischer Wandel – Konzept Bürgerterminal

trug anhand einer Präsentation vor

TOP 10
Kooperationsgruppe Strategie

Vor dem Hintergrund des vorgelegten Sachstandsberichts wurde kein Erörterungsbedarf gesehen.

TOP 11
Der neue Personalausweis

[REDACTED] trug zum Sachstand bei der Einführung des neuen Personalausweises vor. Während die Erstellung und Ausgabe des neuen Personalausweises nach Anlaufschwierigkeiten nun weitgehend reibungslos verlief, gebe es bei den Anwendungen bislang ein sehr begrenztes Angebot. Er appellierte an die Länder, weitere Anwendungen für den neuen Personalausweis zu schaffen. Zur Unterstützung stehe das Kompetenzzentrum neuer Personalausweis bis Ende des Jahres 2011, finanziert durch Mittel des Bundes, zur Verfügung.

[REDACTED] regte an, die Zahl der Zertifikate zu reduzieren und diese je Kommune und nicht je Verfahren auszustellen. Es ginge darum, keine Hürden in der Infrastruktur aufzubauen. [REDACTED] regte an, einen Leitfaden für die Nutzung des neuen Personalausweises zu erstellen. Schwierig bliebe weiter die qualifizierte Signatur, deren Einsatz im Verwaltungsverfahrensgesetz noch mal geprüft werden müsse.

[REDACTED] wies darauf hin, dass das E-Government Gesetz des Bundes hierfür ein wichtiges Instrument sei. Daher solle die Befassung mit dem Thema Authentisierung in der nächsten Sitzung schwerpunktmäßig erörtert werden; die Meinungsbildung hierzu müsse mit Blick auf das E-Government Gesetz erfolgen. Zur entsprechenden Befassung mit dem Thema in der 5. Sitzung des IT-Planungsrats herrschte Einvernehmen.

[REDACTED] wies ausdrücklich darauf hin, dass Sachsen den neuen Personalausweis unterstütze, auch weil er ein Instrument für Datensparsamkeit sei. [REDACTED]

[REDACTED]

Empfehlung:
2011/09

Der IT-Planungsrat empfiehlt dem Bund, den Ländern und den Kommunen, den breiten Einsatz des neuen Personalausweises insbesondere mit seiner Online-Ausweisfunktion auf der Grundlage der Erfahrungen der Anwendungstests innerhalb

Az.: IT1-190 001-9/0#28

Stand: 30. Juni 2011

der Verwaltung und als Anbieter öffentlicher Dienstleistungen umfassend zu unterstützen.

Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Entscheidungsvorschlag in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja		Nein	X

Sitzungsunterlagen:

Bericht „Anwendungsszenarien für den neuen Personalausweis“ mit Anlage „Übersicht der am Anwendungstest beteiligten Behörden“

Keine Veröffentlichung aufgrund des vorläufigen Charakters der im Entscheidungsvorschlag in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
16	0	1
		

TOP 12
E-Government & EU: öffentliche Dienste, Interoperabilität, IKT

Nach kurzer Einführung durch  wurde zur Beschlussfassung übergeleitet.

Beschluss: 2011/10

- Der IT-Planungsrat begrüßt den von der Europäischen Kommission vorgelegten E-Government-Aktionsplan 2011 - 2015 und die Mitteilung der Kommission zur Interoperabilisierung europäischer öffentlicher Dienste.
- Der IT-Planungsrat spricht sich dafür aus, die Empfehlungen des European Interoperability Framework in Bund und Ländern auf Umsetzbarkeit zu prüfen. Dazu setzt der IT-Planungsrat eine bis zum 31. Dezember 2011 befristete Kooperationsgruppe ein, an der sich der Bund, die interessierten Länder und die KOSIT beteiligen können.

Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Entscheidungsvorschlag in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja	X	Nein	

Sitzungsunterlagen:
Mitteilungen der Europäischen Kommission vom 15. und 16. Dezember 2010 inkl. Anlagen „European Interoperability Strategy“ und „European Interoperability Framework“

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 13	Bundesweiter einheitlicher Zuständigkeitsfinder
---------------	--

[REDACTED] berichtete über den Fortschritt beim bundesweit einheitlichen Zuständigkeitsfinder bzw. dem Behördenfinder Deutschland.

Lediglich HB und NW seien noch nicht beigetreten. [REDACTED] kündigte an, dass NW zum Jahreswechsel beitreten werden. [REDACTED] erläuterte, dass Bremen auf eine andere Technologie baue und deswegen aktuell nicht beitreten werde; HB werde dies allerdings nochmals prüfen.

Insgesamt war man sich aber einig, dass der Behördenfinder Deutschland ausgebaut und mit anderen Aktivitäten, z.B. dem Föderativen Informationsmanagement (FIM), verbunden werde müsse.

TOP 14	Evaluation der Gremienstrukturen
---------------	---

Nach kurzer Einführung durch den Vorsitzenden, der auf den sehr frühen Zeitpunkt der Evaluierung verwies, wurde die Diskussion unmittelbar auf die Frage der Errichtung eines Vorgremiums gerichtet.

Verschiedene Länder, u.a. HB, HH, MV und NW, hielten die Einführung eines Vorgremiums für sinnvoll, ohne dies jedoch als zwingend anzusehen. Dagegen argu-

Az.: IT1-190 001-9/0#28

Stand: 30. Juni 2011

mentierten [REDACTED] und [REDACTED] dass ein Vorgremium keinen Gewinn, sondern höheren Abstimmungsaufwand mit sich bringe – der IT-Planungsrat selbst werde durch ein Vorgremium nicht entlastet. Beide verwiesen auf eine vergleichbare Diskussion im Vorfeld der Errichtung des IT-Planungsrats und verdeutlichten, dass sich die Sachlage im Grunde nicht geändert habe.

[REDACTED] schlug vor, eine Vorkonferenz auf AL-Ebene am Vorabend der Sitzungen durchzuführen. Mit Blick auf die Gremienstruktur insgesamt bat [REDACTED] erneut darum, die Gewerkschaften stärker einzubinden und wies auf die Bedeutung der Wissenschaft hin.

Vor dem Hintergrund des uneinheitlichen Meinungsbilds wurde seitens des Vorsitzenden vorgeschlagen, dass die Geschäftsstelle im Vorfeld der Sitzungen Kontakt zu je einem benannten Vertreter auf Arbeitsebene, z.B. im Rahmen einer Telefonkonferenz, aufnimmt, um eine ggf. erforderliche Klärung zur Tagesordnung und insbesondere zur „Grünen Liste“ vorzunehmen. Zu diesem Vorschlag bestand Einvernehmen.

[REDACTED] schlug im Namen von [REDACTED] [REDACTED] ergänzend vor, im Vorfeld der Sitzungen des IT-Planungsrats Kaminabende durchzuführen, um außerhalb des Sitzungsrahmens gemeinsam strategisch relevante Themen zu erörtern. Der Vorsitzende griff den Vorschlag auf und kündigte einen Kaminabend zunächst einmal vor der kommenden Sitzung an.

Zur Verbesserung der Informationsflüsse bot [REDACTED] die Nutzung der bayerischen Kollaborationslösung zur Nutzung als Informationssystem durch den IT-Planungsrat an. Bayern wird zur Ausarbeitung eines konkreten Vorschlages Baden-Württemberg, als Vorsitzland und die Geschäftsstelle IT-Planungsrat einladen.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]
 [REDACTED]
 [REDACTED]

Kategorie D:	Grundlagen des IT-PLR
---------------------	------------------------------

TOP 15	Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT)
---------------	--

Nach Aufruf des TOP wurde auf Bitten von [REDACTED] in
 Beschlussziffer 5 der Einschub „zum Beispiel in Form eines Beirats“ mit Blick auf die
 Vermeidung neue Gremien einvernehmlich gestrichen.

[REDACTED]
 [REDACTED]

[REDACTED] Der Vorsitzende erläuterte, dass eine Grundfinanzierung zur Planungssicher-
 heit erforderlich sei; insoweit bestand Einvernehmen. Dann wurde der Beschluss oh-
 ne weitere Aussprache gefasst.

Beschluss:	2011/11
-------------------	----------------

1. Der IT-Planungsrat nimmt das Errichtungskonzept für den Aufbau der Koordinierungsstelle für IT-Standards (Fassung vom 26. Januar 2011) zur Kenntnis.
2. Er stimmt den für den Grundausbau der Koordinierungsstelle für IT-Standards vorgeschlagenen Maßnahmen zu. Er beschließt die Errichtung der Koordinierungsstelle für IT-Standards in der Freien Hansestadt Bremen zum 1. April 2011 und bittet Bremen um die Umsetzung der für den Grundausbau erforderlichen Maßnahmen.
3. Er stellt der Freien Hansestadt Bremen ab 2012 einen Sockelbetrag in Höhe von 560.000 Euro pro Jahr für den Grundausbau der Koordinierungsstelle für IT-Standards zur Verfügung. Dieser Betrag wird in die Finanzplanung des IT-Planungsrates aufgenommen.

4. Er beschließt die in Abschnitt 6 des Errichtungskonzeptes dargelegten Grundlagen der Beauftragung und Finanzierung. Diese ersetzen die Vereinbarung mit dem Projektbüro des KoopA ADV über den Beitritt zum Projekt „OSCI-Leitstelle 2009ff“ vom 12. Februar 2009.
5. Er bittet den zum Aufbau der KoSIT eingerichtete Expertenkreis KoSIT bis Ende des Jahres 2011 die Aufgabe der fachlichen Begleitung der KoSIT zu übernehmen und einen Vorschlag zur dauerhaften fachlichen Begleitung zu entwickeln und vorzulegen.
6. Die Umsetzung steht unter dem Vorbehalt der jeweiligen haushaltsrechtlichen Ermächtigungen des Bundes und der Länder.

Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Entscheidungsvorschlag in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja	X	Nein	

Sitzungsunterlagen:
Errichtungskonzept für den Aufbau der Koordinierungsstelle für IT-Standards

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 16.1	Bericht über Tätigkeiten und Mittelverwendung 2010
-----------------	---

Vor dem Hintergrund des vorgelegten Berichts der Geschäftsstelle bestand kein Erörterungsbedarf.

Beschluss: 2011/12
Der IT-Planungsrat nimmt den Bericht der Geschäftsstelle zur Kenntnis und beschließt den vorgelegten Mittelverwendungsbericht.

Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Entscheidungsvorschlag in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja	X ¹	Nein	X ²

Sitzungsunterlagen:
Bericht der Geschäftsstelle IT-Planungsrat 2010 nebst Anlagen:
a) Aktualisierter Finanzplan 2011 (X ¹)
b) 


X¹ Veröffentlichung einer aggregierten Fassung der im Entscheidungsvorschlag in Bezug genommenen Sitzungsunterlage (Aktualisierter Finanzplan).



Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 16.2	Finanzplanung 2012
-----------------	---------------------------

Vor dem Hintergrund des vorgelegten Berichts der Geschäftsstelle bestand kein Erörterungsbedarf.

Beschluss: 2011/13
Der IT-Planungsrat nimmt den Entwurf des Finanzplans für 2012 zur Kenntnis. Der Beschluss des Finanzplans für 2012 soll in der 6. Sitzung des IT-Planungsrats erfolgen.

Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Entscheidungsvorschlag in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja		Nein	X

Sitzungsunterlagen:
Finanzplan 2012 (Entwurfssfassung)

Keine Veröffentlichung aufgrund des vorläufigen Charakters der im Entscheidungsvorschlag in Bezug genommenen Sitzungsunterlage.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

Kategorie E:	Kurzberichte
---------------------	---------------------

TOP 17	Bericht zur länderübergreifenden Krisenmanagementübung 2011 (LÜKEX)
---------------	--

Nach kurzer Einführung durch den Vorsitzenden und HE kam man überein, eine ausführliche Berichterstattung für die 5. Sitzung des IT-Planungsrats durch Hessen vorzusehen.

Beschluss:	2011/14
Der IT-Planungsrat nimmt den Bericht zur länderübergreifenden Krisenmanagementübung 2011 (LÜKEX) zur Kenntnis.	

Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
Veröffentlichung der im Entscheidungsvorschlag in Bezug genommenen Sitzungsunterlagen:	Ja		Nein	X

Sitzungsunterlagen:
Sachstandsbericht zum Stand der Vorbereitung der LÜKEX 2011

Alle Dokumente zur Vorbereitung der LÜKEX Übungen sind nur für den internen Gebrauch bestimmt. Bund und beteiligte Länder verständigen sich darüber hinaus über

Az.: IT1-190 001-9/0#28

Stand: 30. Juni 2011

ein Konzept zur realen Presse und Öffentlichkeitsarbeit, mit dem das Vorhaben, Ziele und Umsetzung im Wege von Presseerklärungen der interessierten Öffentlichkeit bekannt gegeben wird.

TOP 18
De-Mail

berichtete über Stand des Gesetzgebungsverfahrens De-Mail und wies auf die zum gegebenen Zeitpunkt noch durchzuführende Benennung für den Ausschuss Standardisierung hin.

Kategorie F:
Verschiedenes
TOP 20
Grünbuch Vergabe

wies auf die Bedeutung des Grünbuchs über die Modernisierung der europäischen Politik im Bereich des öffentlichen Auftragswesens hin und legte eine mit HH und SH gemeinsam verfasste Stellungnahme (Anlage 4) vor.

TOP 21
Digitales Deutschland

berichtete von der Idee, den digitalen Deutschlandtag durchzuführen und bat um Beachtung bei der Konzeption einer Nachfolgeveranstaltung zum Deutschland-Online Kongress und zum KoopA Erfahrungsaustausch.

TOP 22
Nächste Sitzung

Der Vorsitzende teilte mit, dass die 5. Sitzung des IT-Planungsrat am 30. Juni 2011 in Berlin stattfinden werde.

Im Auftrag
 Geschäftsstelle IT-Planungsrat
 Bundesministerium des Innern